

Umverteilung

Starke stützen Schwache

In Deutschland finanzieren vor allem die einkommensstarken Haushalte den Sozialstaat – und bekommen so gut wie nichts aus den Transferkassen zurück. So zahlen die oberen drei Zehntel der Haushalte mit den höchsten Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Vermietung und Verpachtung 61,9 Prozent aller Steuern und Abgaben und erhalten im Gegenzug 10,7 Prozent aller Transferleistungen – angefangen von Kindergeld über ALG II bis hin zu Renten. Umgekehrt erhält das einkommensschwächste Drittel fast 60 Prozent aller Transferzahlungen und schultert nur 5 Prozent aller Steuern und Sozialabgaben. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die auf Zahlen der Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2003 aufsetzt.

Danach müssen zum Beispiel die Haushalte mit den höchsten Einkommen von im Schnitt 10.100 Euro im Monat fast die Hälfte ihres Salärs in Form von Einkommenssteuern und Sozialabgaben an den Staat abführen, nämlich 4.450 Euro. An staatlichen Zuwendungen fließen ihnen aber nur 270 Euro zu. Haushalte am unteren Ende der Einkommenspyramide dagegen, die gerade einmal gut 700 Euro im Monat verdienen, zahlen zwar zusammen mit ihrem Arbeitgeber 380 Euro in die Kassen der Sozialversicherung – sie erhalten vom Staat jedoch knapp 2.000 Euro an Geldtransfers.

Nicole Horschel, Jochen Pimpertz, Christoph Schröder: Auswirkungen der monetären Umverteilung in Deutschland, in: IW-Trends 4/2007, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln.

Gesprächspartner im IW: **Dr. Jochen Pimpertz, Telefon: 0221 4981-760,
Christoph Schröder, Telefon: 0221 4981-773,
Nicole Horschel, Telefon: 0221 4981-768**

Umverteilung

Besserverdienende zahlen die Zeche

Allem Gerede von einer Umverteilung von unten nach oben zum Trotz: Tatsächlich finanzieren in Deutschland die höheren Einkommen den Sozialstaat. So trägt das obere Drittel der Haushalte 62 Prozent der Finanzierungslast. Umgekehrt erhält das einkommensschwächste Drittel fast 60 Prozent aller Transferzahlungen und zahlt nur 5 Prozent aller Steuern und Sozialabgaben. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, die auch noch mit einer Reihe weiterer Vorurteile aufräumt.*)

In Deutschland greift Vater Staat auf vielfältige Weise in die Einkommensverteilung der Bürger ein. Einerseits unterstützt er beispielsweise Bedürftige mit Sozialhilfe oder Wohngeld, zahlt Kindergeld, Renten oder Arbeitslosengeld. Andererseits muss er all diese Transfers finanzieren – durch Steuern und Sozialabgaben. Und damit es dabei auch gerecht zugeht, sind diese an die Höhe des Einkommens gekoppelt. Da der Steuertarif in der Einkommenssteuer progressiv gestaltet ist, muss von jedem zusätzlich verdienten Euro sogar ein größerer Anteil ans Finanzamt überwiesen werden.

Dass der Staat überhaupt Umverteilungspolitik betreibt, ist kaum umstritten. Wie er es dagegen tut, sehr wohl. Und auch aktuell gibt es – ausgelöst durch das

Hin und Her um verlängerte Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld – wieder reichlich Debatten darüber, ob der Sozialstaat gerecht finanziert wird, die „Geringverdiener“ also genug bekommen und die „Spitzeneinkommen“ genug zahlen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat sich deshalb einmal die Mühe gemacht zu untersuchen, wer in Deutschland tatsächlich von der staatlichen Umverteilung profitiert und wer sie finanziert.

Als Basis dafür dienten Daten des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2003 zu den Einkommensquellen und Abgabenlasten von knapp 43.000 Haushalten (Kasten). Diese wurden nach ihrem Markteinkommen in zehn gleich große Gruppen eingeteilt, um „unten“ und „oben“ abzugrenzen. Die auf dieser

Grundlage berechneten Zahlen zeigen, dass einige in der öffentlichen Diskussion sich hartnäckig haltende Behauptungen in die Mottenkiste gehören:

Vorurteil 1: Der Sozialstaat verteilt von unten nach oben um. Das genaue Gegenteil ist der Fall (Grafik):

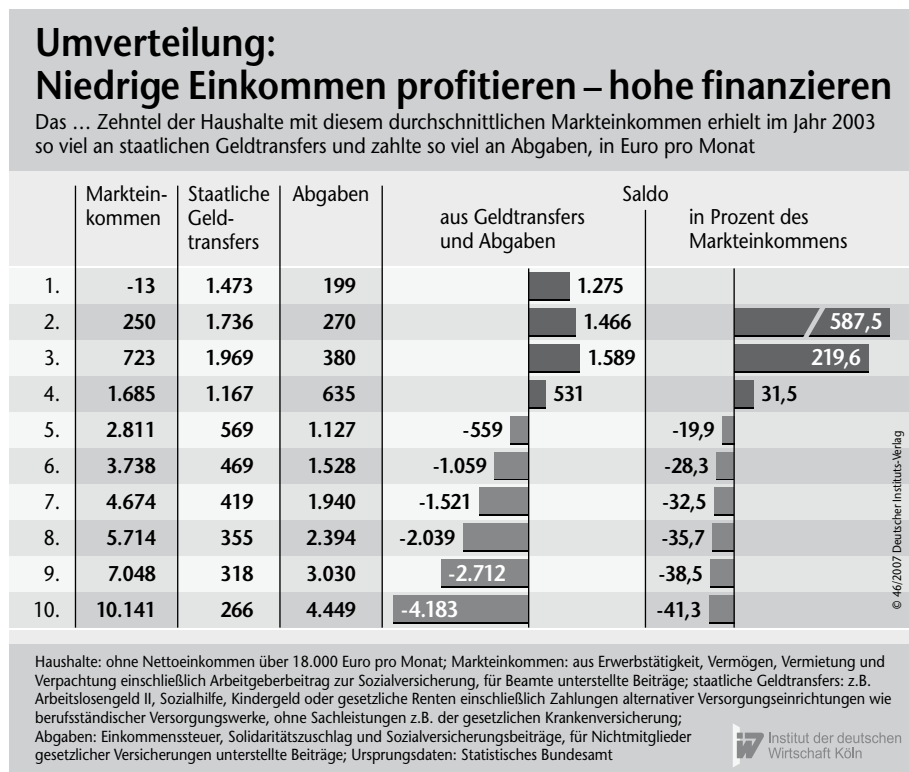
Die 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen – im Schnitt sind es mehr als 10.100 Euro im Monat – zahlten auch am meisten Einkommenssteuer und Sozialabgaben – nämlich 4.450 Euro.

Und wenn man die Einkommenschichtung näher betrachtet, so zeigt sich, dass die Haushalte mit zunehmenden Einkommen nicht nur immer mehr in die Kassen des Sozialstaats abführen. Auch mit Blick auf die staatlichen Geldtransfers kann von einer Umverteilung von unten nach oben beim besten Willen nicht die Rede sein. Denn mit steigenden Einkommen gibt es in den höheren Verdienstkategorien auch immer weniger von Vater Staat. In der Summe greifen die Starken somit den Schwachen unter die Arme (Grafik Seite 5):

So zahlen die drei Zehntel der einkommensstärksten Haushalte 61,9 Prozent aller Steuern und Abgaben und erhalten 10,7 Prozent aller Transfers, während die drei Zehntel der einkommensschwächsten Haushalte lediglich 5,3 Prozent der Abgabenlast schultern, aber 59,3 Prozent aller Transfers beziehen.

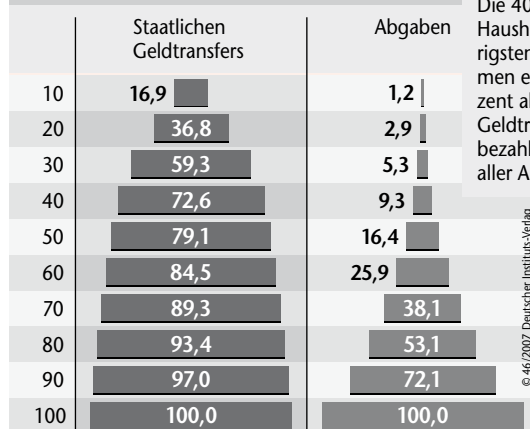
Vorurteil 2: Die Beitragsbemessungsgrenze in den Sozialversicherungen entlastet die Besserverdiener. Auch dem ist zumindest auf Haushaltsebene nicht so. Zwar müssen Sozialabgaben nur bis zu bestimmten Einkommensgrenzen entrichtet werden, wodurch höhere Einkommen tendenziell entlastet werden. Allerdings tragen in besser verdienenden Haushalten oft mehrere Personen zum gesamten Einkommen bei:

*) Vgl. Nicole Horschel/ Jochen Pimpertz/ Christoph Schröder: Auswirkungen der monetären Umverteilung in Deutschland, in: IW-Trends 4/2007, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln.



Sozialstaat: Wer bekommt, wer gibt ab

Kumulierter Anteil der Haushalte an ... im Jahr 2003 in Prozent



Lesebeispiel:
Die 40 Prozent aller Haushalte mit den niedrigsten Markteinkommen erhielten 72,6 Prozent aller staatlichen Geldtransfers und bezahlten 9,3 Prozent aller Abgaben.

© 46/2007 Deutscher Institut-Verlag

Haushalte: ohne Nettoeinkommen über 18.000 Euro pro Monat, geordnet nach Höhe des Markteinkommens; Markteinkommen: aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Vermietung und Verpachtung einschließlich Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung, für Beamte unterstellte Beiträge; staatliche Geldtransfers: z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Kindergeld oder gesetzliche Renten einschließlich Zahlungen alternativer Versorgungseinrichtungen wie berufsständischer Versorgungswerke, ohne Sachleistungen z.B. der gesetzlichen Krankenversicherung; Abgaben: Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag und Sozialversicherungsbeiträge, für Nichtmitglieder gesetzlicher Versicherungen unterstellte Beiträge
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im obersten Zehntel stehen im Schnitt pro Haushalt zwei Personen in Lohn und Brot, im untersten sind es dagegen nur 1,1 Personen.

Für jedes Einkommen zählen die Abgabengrenzen aber gesondert, so dass Haushalte mit mehreren Verdienern mehrmals zur Kasse gebeten werden. Deshalb sinkt auch in den Haushalten der höheren Einkommensklassen die

Sozialabgabenlast nicht, selbst wenn die Beitragsbemessungsgrenze erreicht ist.

Vorurteil 3: Im Mittelstand wird von der linken Tasche umverteilt. Diese Behauptung, wonach der Staat

den mittleren Einkommensklassen auf der einen Seite nimmt, was er ihnen auf der anderen zusteckt, entkräftet die Untersuchung zumindest tendenziell. Denn wenn dem so wäre, müssten in diesen Bereichen sowohl Abgaben als auch Transfers relativ gesehen höher ausfallen. Dies ist aber nicht der Fall.

Vorurteil 4: Wer mehr verdient, profitiert von Steuer-schlupflöchern. Auch diese Ansicht gehört zum alten Eisen.

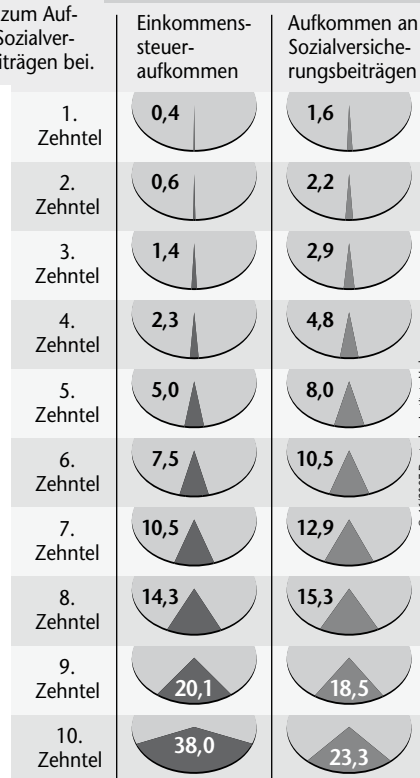
Mit steigendem Einkommen nimmt die Einkommenssteuerlast überproportional zu – das geht besonders zu Lasten der Portemonnaies besser verdienender Haushalte (Grafik):

Berappen die einkommensstärksten 10 Prozent der Haushalte fast zwei Fünftel des Einkommens

Lesebeispiel: Das achte Zehntel aller Haushalte trug 14,3 Prozent zum gesamten Einkommenssteueraufkommen und 15,3 Prozent zum Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen bei.

Abgabenlast: Höhere Einkommen zahlen mehr

Beitrag der Haushalte zum ... im Jahr 2003 in Prozent, wobei die Haushalte nach der Höhe ihres Markteinkommens aufsteigend in zehn gleich große Gruppen unterteilt wurden



© 46/2007 Deutscher Institut-Verlag

Haushalte: ohne Nettoeinkommen über 18.000 Euro pro Monat; Einkommenssteuer: einschließlich Solidaritätszuschlag; Sozialversicherungsbeiträge: für Nichtmitglieder gesetzlicher Versicherungen unterstellte Beiträge; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Umverteilungsstudie: Das methodische Klein-Klein

Für die Studie mussten sich die IW-Wissenschaftler erst einmal eine Menge Gedanken über Zahlen und Methodik machen:

Datenbasis: Das Zahlenmaterial erhielten die Experten aus der Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, die für das Jahr 2003 knapp 43.000 Haushalte umfasst. Dort machten die Haushalte u.a. Angaben über ihre Einkommensquellen sowie die Höhe ihrer Einkommenssteuer und Sozialabgaben. Einkommen von über 18.000 Euro netto im Monat wurden dabei nicht berücksichtigt.

Um die Daten verschiedener Haushaltstypen wie Arbeitnehmer, Selbstständige und Beamte vergleichbar zu machen, mussten sie aber aufbereitet werden. Für Beamte und Selbstständige wurde dabei davon ausgegangen, dass auch sie Sozialbeiträge entrichten.

Der Grund: Bei Beamten springt im Notfall der Staat ein. Selbstständige sichern sich über private Versicherungen ab und haben entsprechende Kosten. Beide fallen der Allgemeinheit nicht zur Last.

Einkommensbegriff: Zur Berechnung der Umverteilungssalden nach Einkommensgruppen haben die Wissenschaftler zunächst die Markteinkommen der Haushalte ermittelt – Einkommen wie Lohn und Gehalt, Zinsen und Dividenden, Mieteinnahmen und Unternehmereinkünfte. Auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung wurden den Markteinkommen zugeschlagen, da sie schließlich von den Arbeitnehmern erwirtschaftet werden. Nach der Höhe ihres Markteinkommens wurden die Haushalte in zehn gleich große Gruppen – auch Dezile genannt – eingeteilt.